

# Solidarität

## Organ für die Interessen aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Er scheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennig. — Anzeigen, die dreispaltige Zeilen 20 Pfennig; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennig. — Sämtliche Postkassen sowie die Expedition, Brandenburger-Str. 5 nehmen Abonnements an. — Eingelagert unter Nr. 7149 im Post-Zeitungsregister.

### Mitteilungen des Vorstandes.

Am 5. September wurde in **Magdeburg** eine Zahlstelle gegründet, welcher zur Zeit 23 Mitglieder angehören.

Als provisorische Vorsitzende wurde Frau **Anna Schumann**, Magdeburg-Neustadt, Rothenfeerstraße 1 v. L. gewählt.

Am 6. September wurde in **Halle a. S.** eine Zahlstelle gegründet, welcher zur Zeit 9 Mitglieder angehören.

Als provisorischer Vorsitzender wurde Kollege **Otto Hiehl**, Halle a. S., Mühlgasse 7, gewählt.

Am 7. September wurde in **Erfurt** eine Zahlstelle gegründet, welcher zur Zeit 20 Mitglieder angehören.

Als provisorischer Vorsitzender wurde Kollege **Bernhard Heßler**, Erfurt, Benedig Nr. 3, gewählt.

Am 8. September wurden in **Würzburg** 6 Kolleginnen als Einzelmitglieder aufgenommen.

Als Bevollmächtigte wurde Kollegin **Therese Heyn**, Würzburg, Petrinistr. 6, gewählt.

Am 10. September wurde in **Nürnberg** eine Zahlstelle gegründet, in welcher 23 Mitglieder aufgenommen wurden.

Als provisorischer Vorsitzender wurde Kollege **Franz Heisch**, Nürnberg, Schottgasse 12, gewählt.

Am 11. September wurde in **Karlsruhe** eine Zahlstelle mit 22 Mitgliedern gegründet; nähere Adressen stehen noch aus.

In der Bekanntmachung des Zentralvorstandes in voriger Nummer muß es unter Breslau anstatt **Udolf**, „**Rudolf Budewig**“ heißen.

**Der Vorstandsvorstand.**  
J. A.: **Paula Thiede.**

### Die Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands im Jahre 1899.

II.

Die 55 Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von 7687154 Mk. und eine Ausgabe von 6450876 Mk. An Kassenbestand verblieben ihnen 5577546 Mk., wovon allerdings auf den Verband der Buchdrucker 2724101 Mk. oder pro Kopf der Mitglieder des Verbandes 103,40 Mk. entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Kassenbestand auf. So die Maurer 453563 Mk., die Metallarbeiter 385148 Mk., die Holzarbeiter 252310 Mk., Zimmerer 194630 Mk., Porzellanarbeiter 168058 Mk., Buchbinder 146293 Mk., Putzmacher 114736 Mk. In den übrigen Organisationen betrug der Kassenbestand weniger als 100000 Mk.

Im Jahre 1891 betrug die Gesamteinnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) 1116588 Mk. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders

aber in den letzten Jahren rapid in die Höhe gegangen. Wenn man jedoch die auf den Kopf der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften entfallende Summe betrachtet, so zeigt sich unter diesen Beiträgen nicht nur eine kolossale Differenz, sondern es ergibt sich auch, daß in einzelnen Gewerkschaften eine Erhöhung der Beitragsleistung am Plage wäre. Es vereinnahmten pro Kopf der Mitglieder und Jahr:

Buchdrucker 59,98 Mk.; Putzmacher 32,74; Bildhauer 25,17; Zigarrensortierer 22,74; Gastwirthsgehilfen 19,03; Handschuhmacher 18,99; Steinarbeiter 18,69; Kupferschmiede 17,97; Former 17,77; Porzellanarbeiter 17,77; Lithographen und Stein-drucker 17,45; Glaser 17,39; Handlungsgehilfen 16,39; Brauer 15,87; Zimmerer 15,75; Graveure 15,20; Buchbinder 15,30; Maurer 14,24; Maler 13,41; Töpfer 13,14; Lederarbeiter 12,90; Bäcker 12,64; Seelente 12,01; Steinseger 12,21; Tabakarbeiter 10,94; Glasarbeiter 10,57; Metallarbeiter 10,55; Vergolder 10,39; Holzarbeiter 10,28; Schmiede 10,26; Formstecher 10,25; Müller 10; Lagerhalter 9,82; Konditoren 9,22; Böttcher 8,89; Handelshilfsarbeiter 8,83; Sattler 8,36; Schneider 8,31; Schiffszimmerer 7,95; Textilarbeiter 7,86; Fabrikarbeiter 7,55; Schuhmacher 7,43; Gemeindebetriebsarbeiter 7,38; Hafenarbeiter 7,28; Werftarbeiter 7,20; Bureauangestellte 6,36; Sinfkateneur 6,18; Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 5,56; Tapezirer 5,28; Barbier 2,17.

Die Beitragshöhe und dementsprechend auch die pro Kopf entfallende Jahreseinnahme wird in den Gewerkschaften, je nachdem Unterstützungen gezahlt werden, verschieden sein. Es zeigt sich jedoch auch bei den Organisationen, welche die gleichen Einrichtungen haben, eine erhebliche Differenz in der Einnahme, so daß, sofern es nicht in dem größeren Zuwachs an Mitgliedern in der letzten Hälfte des Jahres liegt, hier nicht regelmäßige Beitragszahlung der Mitglieder oder ungenügende Beitragshöhe vorhanden sein muß. Als Minimalbeitrag einer Gewerkschaft muß ein solcher von 15 Pf. gelten. Damit muß sich aber eine Jahreseinnahme von 7,50 Mk. pro Kopf der Mitglieder ergeben.

Die fortgesetzte Agitation für höhere Gewerkschaftsbeiträge hat erfreulicherweise dazu geführt, daß die Gegner hoher Beiträge fast völlig ausgestorben sind und in den letzten Jahren in fast allen Gewerkschaften die Beiträge erhöht sind. Im Jahre 1891 hatten 80 pCt. aller Gewerkschaften einen Beitrag von unter 20 Pf. pro Woche, während im Jahre 1899 nur noch 27 pCt. mit diesem Beitragsfuß vorhanden waren. Interessant ist in der nachfolgenden Aufstellung diese Steigerung der Beiträge in der Zeit von 1891 bis 1899 zu verfolgen (Tabelle 1).

Jedenfalls steht heute nach den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik fest, daß eine Beitragserhöhung keinen oder doch nur einen vorübergehenden Verlust an Mitgliedern bringt. Es seien zum Beweise nur einige der Organisationen, welche in den letzten Jahren ihre Beiträge erhöhten, in ihrer Entwicklung dargestellt (Tabelle 2).

Tabelle 1.

Jahr	Die Beitragshöhe ist angegeben für Organisationen	Davon hatten einen Beitrag von			
		unter 15 Pf.		unter 20 Pf.	
		Zahl	in Prozenten	Zahl	in Prozenten
1891	36	14	39	29	80
1892	39	11	28	29	74
1893	43	12	28	30	70
1894	44	13	30	28	60
1895	43	9	21	24	56
1896	44	10	23	23	52
1897	52	9	17	22	42
1898	55	8	15	17	31
1899	55	6	11	15	27

Tabelle 2.

Name der Organisation	1895		1899		Zunahme gegenüber 1895	
	Wochenbeitrag Pf.	Mitgliederzahl	Wochenbeitrag Pf.	Mitgliederzahl	absolut	in Prozent
Bauarbeiter	10	1750	15	11149	9399	537,08
Brauer	18	6018	25	8681	2663	44,25
Buchbinder	25	3871	35	7631	3760	97,13
Fabrikarbeiter	10	6737	15	22592	15855	235,33
Glaser	15	1250	20	2900	1050	84,00
Holzarbeiter	15	20992	20	62570	32578	108,62
Konditoren	15	330	30	661	331	100,30
Lederarbeiter	20	3144	25	5969	2225	70,77
Lithographen u. Steindrucker	20	4024	40	4621	597	14,83
Metallarbeiter	20	33297	30	85013	51716	155,31
Schmiede	15	1950	25	3350	2000	148,15
Schneider	15	8000	20	12173	4173	52,16
Schuhmacher	15	9056	20	16922	7866	86,86

Nach dieser Wirkung der Beitragserhöhung dürfte wohl auch in den Organisationen mit ungenügenden Beiträgen Neigung zu deren Erhöhung sich einstellen.

Die Aufgaben, welche die Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten zu erfüllen haben, erfordern es, daß sich die Arbeiterchaft die Verpflichtung auferlegt, im allgemeinen Interesse größere Opfer an Beitragsleistung auf sich zu nehmen. An den Ausgaben, welche die Gewerkschaften im Einzelnen machen, zeigt sich ihr reichhaltiges Wirken. Im Jahre 1899 verausgabten für:

Verbandsorgan	55	Organis. Mk.	603	559	
Agitation	55	"	201	020	
Streiks im Beruf	41	"	1	983	140
Streiks in anderen Berufen	51	"	1	38	778
Rechtsschutz	44	"	"	54	752
Gemäßregeltemunterstützung	29	"	"	55	435
Reiseunterstützung	35	"	"	304	391
Arbeitslosenunterstützung	20	"	"	304	677
Krankenunterstützung	15	"	"	652	825
Invalidenunterstützung	4	"	"	91	524
Sonstige Unterstützung	32	"	"	131	484
Stellungsvermittlung	6	"	"	2	958
Bibliotheken	10	"	"	4	390

Sonstige Zwecke	45	Organis. M.	147 488
Konferenzen u. Generalversammlungen	46	"	102 187
Beitrag an die General-Kommission	51	"	56 029
Projektkosten	13	"	3 245
Gehälter	51	"	152 419
Verwaltungsmaterial	52	"	182 559

Den Zweigvereinen verblieben in 45 Organisationen 1 307 698 M.

In den Jahren 1891 bis 1899 wurden von den Gewerkschaften insgesamt folgende Ausgaben gemacht: Rechtschutz 208 489 M., Gemahrgeltenunterstützung 498 691 M., Reiseunterstützung 2 695 445 M., Arbeitsloshunterstützung 2 162 563 M., Krankenunterstützung 3 213 242 M., Invalidenunterstützung 319 118 M., sonstige Unterstützungen 479 516 M., zusammen für Unterstützung 9 577 064 M. Für das Verbandsorgan wurden 3 196 477 M. verausgabt, insgesamt also für Unterstützungs- und Bildungszwecke 12 773 541 M. Dem gegenüber steht eine aus den Verbandsklassen für Streiks gemachte Ausgabe von 6 811 995 M. Die tatsächliche Ausgabe für Streiks stellt sich in diesem Zeitraum bedeutend höher 11 000 000 M., jedoch kam aus den Verbandsklassen nur genannte Summe von 6 1/2 Millionen Mark.

Es soll mit dieser Gegenüberstellung nicht etwa verächtlich werden, zu beweisen, daß die Gewerkschaften nur Unterstützungsvereine seien und nicht zum wirksamsten Mittel im Gewerkschaftskampf, zum Streik greifen. Im Gegenteil. Der Streik ist zwar nicht ein absolut notwendiges Mittel, das angewandt werden muß, um den Zweck, welchen die Gewerkschaft verfolgt, zu erreichen, denn dieser Zweck kann bei starken Gewerkschaften auch durch Verhandlung erreicht werden, aber die hohen Ausgaben, welche einzelne Gewerkschaften für die Streiks gemacht haben, beweisen, daß in diesen Organisationen der von den Gewerkschaften verfolgte Zweck unter allen Umständen und wenn die anderen Mittel versagen, durch die Arbeitseinstellung erreicht werden soll. Es liegt uns nichts ferner, als diesen Zustand nicht als richtig anzuerkennen. Was wir beabsichtigen, ist, den Nachweis zu führen, daß den Gewerkschaften neben der Führung des Lohnkampfes noch die Erfüllung von Aufgaben zufällt, wie sie keine andere Institution, welchen Namen sie auch tragen mag, erfüllt und auch erfüllen kann.

Um so verwerflicher ist die Heze, welche fortgesetzt von dem reaktionären Unternehmertum und der in seinem Dienste stehenden Presse betrieben wird. Besonders wird da alljährlich der Versuch gemacht, aus den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik nachzuweisen, daß ein großer Theil der Einnahmen von den „Agitatoren verschluckt“ würde. Es ist nun in der diesjährigen Statistik auch eine Zusammenstellung über die Zahl der in den Gewerkschaftsvorständen angestellten Beamten gemacht worden. Aus derselben ergibt sich, daß die Zahl der Beamten im Verhältnis zu der zu bewältigenden Arbeit sehr gering und die Befoldung nichts weniger als glänzend ist.

In 8 Organisationen erhalten die Beamten überhaupt keine feste bestimmte Entschädigung, in 9 Organisationen eine solche, die sie zwingt, die Organisationsarbeiten in den Feierstunden oder Nachts zu machen. In 5 weiteren Organisationen sind Beamten, welche wichtige Funktionen zu erfüllen haben, nur minimale Entschädigungen zugebilligt, wenn neben ihnen ein vollbesoldeter Beamter vorhanden ist. Alle diese Beamten opfern im Dienste und zur Wohlfahrt ihrer Kollegen und Kolleginnen die wenigen Feierstunden, die ihnen zur Erholung dienen sollten, oder rauben sich während der Nachtstunden den Schlaf, sich so im Dienste der Organisation aufreibend und frühzeitig die körperliche Widerstandskraft einbüßend.

Von den voll besoldeten Beamten erhalten nur 14 ein Jahresgehalt von 2000 M. oder mehr. Viele müssen sich mit einem solchen von 1200 bis 1500 M. begnügen. Den staatlichen und kommun-

alen Beamten, welche ähnliche Verwaltungsarbeiten wie die Beamten der Gewerkschaften zu machen haben, werden ganz andere Gehälter geboten. Zweifelslos aber ist, daß die Letzteren durch ihre Thätigkeit für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse viel mehr für den Fortschritt der Kultur leisten, als diejenigen, die sich als Träger der Kultur bezeichnen und, ausgerüstet mit Orden und Ehrenzeichen, bei Fest- und Gelegenheitsessen nicht genug ihre und ihrer Klaffengenossen Leistungen für die Uebertragung deutscher Kultur — in's Ausland zu loben wissen.

Die Gewerkschaften selbst erweisen sich als im Dienste der Kultur wirkende Institutionen und müssen Alle, welche den Fortschritt wünschen, über die günstige Entwicklung, welche die Organisationen aufweisen, erfreut sein. An der Arbeiterklasse wird es liegen, ihre selbstgeschaffenen Institutionen für weitere Kämpfe zu härten und zu rüfen. Es muß Alles daran gesetzt werden, die noch fernstehenden Arbeitermassen zu den Gewerkschaften heranzuziehen, um dem vaterlandlosen Proletariat eine achtunggebietende Macht entgegenzustellen und dem Schindluderpielen mit der Arbeiterklasse ein Ende zu bereiten.

C. Legien.

### Aus „Dankbarkeit“ gewidmet.

Viel ist in den letzten Jahren über die Einigkeit und das harmonische Zusammenarbeiten zwischen Maschinenmeistern und Hilfspersonal geschrieben und geredet worden und als vor ungefähr Jahresfrist sämtliche graphischen Vorstände in Berlin für das Weiterbestehen der sogenannten graphischen Kommission, welche gewissermaßen als Schiedsgericht und oberste Instanz in allen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen graphischen Berufsgruppen fungieren sollte, eintraten, war man der Meinung, daß nun das Band gefunden ist, welches alle graphischen Berufe umschlingen und dieselben näher zusammenführen sollte. Was nähen nun aber alle Institutionen die sich die Arbeiter schaffen, wenn ein Theil derselben diese nicht benutzt und beim Hinweis auf dieselben eine Vermittelung rundweg ablehnt, wie nachfolgender Fall beweisen soll.

In einer großen Druckerei in der Beuthstraße in Berlin war das gesamte Hilfspersonal dem Zweck der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage in eine Bewegung eingetreten. Da doch nun natürlich die Besetzung einer solchen Bewegung eine Aussprache des gesamten Hilfspersonals vorangehen mußte, wurde zu diesem Zwecke eine Besprechung einberufen, zu welcher das gesamte Hilfspersonal erscheinen sollte. In dieser Besprechung nun konnte ein fester Entschluß nicht gefaßt werden, da ein großer Theil der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen durch Ueberstundenarbeit am Erscheinen verhindert war und wurde beschlossen, daß bei der nächsten Besprechung Ueberstundenarbeiten abzutheilen sei. Die nächste Besprechung fand statt und da nun an diesem Tage eine Zeitschrift gedruckt wurde, welche namentlich erscheint, also ständig wiederkehrt, verpflichteten sich unsere Kollegen, an diesen Maschinen wenigstens bis 7 1/2 Uhr zu arbeiten und sollte der Rest von den Nachtanlegern fertig gestellt werden. Die Oberleitung war von dem Entschluß des Hilfspersonals in Kenntniß gesetzt worden und hatte dasselbe meiner Ansicht nach in dieser Beziehung seine Pflicht gethan. Einzelne Anlegerinnen arbeiteten nun an dieser Zeitschrift bis 7 1/2 Uhr und als sie nun anhalten wollten, um ihre Pflicht als organisierte Arbeiterinnen zu erfüllen, d. h. nach vorgenannter Besprechung zu gehen, wurde ihnen von dem die Maschine bedienenden Maschinenmeister erklärt, sie hätten drei Tausend zu drucken, also in diesem Falle bis 8 1/2 Uhr zu arbeiten. Es lag nun die Möglichkeit vor, daß unsere Kolleginnen, die ja in solchen Sachen leichter einzuschüchtern sind wie ein Mann, dem Verlangen des Maschinenmeisters Folge leisten würden und sülzte sich der Anleger K., welcher ebenfalls länger arbeitete, verpflichtet, den Kolleginnen zur Seite zu stehen und verlangte derselbe kategorisch, daß die Anlegerinnen Feierabend zu machen hätten. Es soll nun hierbei zwischen Anleger und Maschinenmeister zu unliebseamen Auftritten gekommen und Worte gefallen sein, die man in „Königs Umgang mit Menschen“ vergeblich suchen würde. Dieses geschickte „Verbrechen“ des Anlegers sollte nun in der Weise geahndet werden, daß er an keiner Maschine mehr beschäftigt werden sollte und sollte diese Strafe ebenfalls die Anlegerin W., die nebenbei bemerkt an der ganzen Sache ziemlich untheilhaftig war, treffen. Die Maschinenmeister traten nämlich am Tage nach oben geschilderten Vorkom-

nissen zu einer Besprechung zusammen und beschlossen, ohne die theilhaftigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen behufs Rechtfertigung hinzuzuziehen, mit dem Anleger K. und der Anlegerin W. nicht mehr an einer Maschine zusammen zu arbeiten, d. h. also mit dünnen Worten gesagt, dieselben zu mahregeln. Das Hilfspersonal konnte sich nun mit diesem Beschluß nicht einverstanden erklären und es fand infolge dessen eine Beratung mit den Vertretern der Maschinenmeister und den Vorständen von Zahlstelle I und II statt und wurde außer den theilhaftigen Personen der Obmann des Arbeitersausschusses, in dem nebenbei bemerkt die Maschinenmeister nicht vertreten sein wollten, hinzu gezogen. In dieser Beratung verstanden nun, die beiden Vorstände die Angelegenheit auf gültigem Wege beizulegen, tadelten selbst das nicht ganz korrekte Verhalten des Anlegers und erklärten sich auf Anrathen der Vorstände der Anleger und die Anlegerin bereit, unschöne Worte und Beleidigungen, welche eventuell gefallen wären, in behauerten Worten zurückzunehmen. Die Maschinenmeister, welche wie die nachfolgenden Sätze beweisen, ebenfalls Fehler gemacht haben, wollten sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben und wurde ein Vorschlag des Vorsitzenden der Zahlstelle II, den Anleger und die Anlegerin vorläufig an ihre bisherigen Maschinen zu belassen und den Gauvorstand als unparteiisches Schiedsgericht anzurufen und sich dessen Urtheil zu fügen, ebenfalls abgelehnt. Da sich nun das gesamte Hilfspersonal solidarisch erklärte, so mußte der gesamte Maschinenbetrieb eine Stunde ruhen. Der Inhaber der Firma fand nun den Ausweg, den Anleger und die Anlegerin, um dieselben nicht zu entlassen, mit anderen Arbeiten als zu denen dieselben angeteilt zu beschäftigen und wurde den Beiden von uns gerathen, um unsere Lohnforderungen nicht ins Wasser fallen zu lassen, vorläufig diese Arbeiten zu verrichten. Am selben Abend fand nun zufälligerweise eine Extra Sitzung des Gauvorstandes statt, an der wir uns wandten und da alle, auch die Maschinenmeister erschienen waren, konnte die Angelegenheit verhandelt werden. Auch diese Verhandlung ergab dasselbe, was schon vorher ausgeführt worden ist. Der Anleger und die Anlegerin erklärten sich nochmals bereit, eventuelle Beleidigungen in behauerten Worten zurückzunehmen und erklärte der Gauvorstand, daß man in diesem Falle nicht mehr verlangen könne. Wiederrum ablehnende Haltung der Maschinenmeister und man ging resultatlos auseinander. Am anderen Tage nochmals Besprechung der Maschinenmeister unter sich und, man mußte wohl ängstlich geworden sein, der Beschluß, der Anleger K. und die Anlegerin W. sollen zur Strafe drei Wochen die Arbeiten, zu denen sie augenblicklich beordert sind, also nicht anlegen, verrichten, also Strafarbeit, wie man sie wohl im Königreich Stumm nicht besser finden kann. Natürlich konnten wir auf solchen unwürdigen Vorschlag nicht eingehen und erfolgte nochmaliger einständiger Stillstand des gesamten Maschinenbetriebes. Eine Unterhandlung fand abermals statt, und nochmals wurde der Versuch, die beiden „Verbrecher“ Strafarbeiten verrichten zu lassen gemacht, aber dieses Mal wurde ein für das Hilfspersonal zurriedenstellendes Ergebnis erzielt. Das gesamte Personal, wie Seger, Buchbinder zc. stellte sich hinter das Hilfspersonal und konnte man einer solchen Macht nicht Trost bieten. Um aber nun das Hilfspersonal doch in etwas zu strafen, denn Strafe muß sein, auch für „Verbrechen“ die gar nicht begangen worden sind, beschlossen nun die Maschinenmeister, das Hilfspersonal mit Verachtung zu strafen. Diese Strafe hätten nun die Herren unseren Kollegen und speziell den Kolleginnen nicht auferlegen sollen, denn ich befürchte, daß sich dieselben das so zu Herzen nehmen werden, daß sie entweder tiefsinnig werden oder aber ihnen bei der sündigen Nachtachtung, die ihnen nun entgegengebracht werden soll, alle Lust, in diesem irdischen Jammerthal weiter zu leben, verlieren und mache ich die Herren Maschinenmeister für etwaige Selbstmorde verantwortlich.

Ich möchte nun in kurzen Zügen das Bild, welches ich ausgestellt habe, beleuchten. Also für einen Fehler, der begangen und eingesehen worden ist, will man zwei Arbeiter brodlösmachen. Nachdem man dieses nicht erreicht, sollen dieselben mindestens Strafarbeiten verrichten, Forderungen, die man, sobald sie von seiten der Unternehmer gestellt werden, auf das höchste verurtheilt und belächelt. Aber man sieht, die Herren Maschinenmeister in der Offizin H. S. S. nehmen Schule an, man fühlt sich so recht in die Regionen der Rühnemänner veretzt, fehlen nur noch die schwarzen Risten, und wer weiß? — unmöglich erscheint mir nichts mehr; im Uebrigen ein herrliches Vorbild für die Herren Prinzipale. Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß am Montag, den 10. d. Mts., eine Sitzung des Vorstandes des Maschinenmeister-Vereins stattfand, in welcher die Angelegenheit unter Anwesen-

heit aller Beteiligten nochmals eingehend erörtert wurde. Die Hilfsarbeiter versuchten auch da eine Einigung zu erzielen und die Verhältnisse so herzustellen, wie sie zu einem erquicklichen Zusammenarbeiten zwischen Maschinenmeister und Hilfsarbeitern notwendig sind. Es wurde uns aber da nur ein mittelmäßiges Lächeln entgegen gebracht und was also auch da alle Mühe umsonst. Um die dorherrschende Stimmung zu kennzeichnen war Herr Sabban, Vorsitzender des Maschinenmeister Vereins, so freundlich, nachdem der Vorsitzende der Zahlstelle II nach Erledigung der vorher geschilderten Angelegenheiten mittheilte, daß dem Hilfspersonal die Forderungen bewilligt wären und die Maschinenmeister ersuchte, dasselbe betreffs Innehaltung der Lehrmasstala zu unterstützen, zu erklären, aus Dankbarkeit würden die Maschinenmeister schon ihr Möglichstes versuchen. Wir werden ja nun bestrebt sein, der „Dankbarkeit“ der Herren aus dem Besonderen zu geben, werden aber auch nicht vergessen, daß nicht alle Maschinenmeister ein Solidaritätsgefühl, welches sich auf solche fonderbare Art entwickelt, besitzen, denn traurig wäre es, müßten auch wir mal später jagen

„Aus Dankbarkeit“.

C. Wg.

## Ist ein Verbandstag notwendig?

Mit dieser Ueberschrift ist in Nr. 16 unserer Zeitung ein Artikel der Kollegin Heydemann enthalten und wir, die wir zusammenarbeiten und die Ursachen der Auzregung, einen Verbandstag abzuhalten, kennen, fragen uns beim Lesen dieser Zeilen, ist es Höflichkeit oder Unverständnis, daß ein Artikel in der Form herausgegeben wurde. Denn genau so wie alle unsere Zahlstellenvorstände und noch besser, da wir in Berlin mündlich verhandeln können, ist Kollegin Heydemann von den Ursachen unserer Vor schläge unterrichtet. Der Verbandstag sollte nicht stattfinden, um die notwendige Neuwahl des Vorsitzenden zu vollziehen, sondern um den dadurch entstehenden vollständigen Umschwung der Verhältnisse zum Besten unserer Mitglieder zu regeln. Ich habe an alle Zahlstellen geschrieben, daß eine Neuwahl notwendig wird und wir jemand anstellen müßten, da ein Kollege neben der Arbeit den Kosten nicht versehen kann. Um das ihm zu können, war eine direkte oder indirekte Beitragserhöhung notwendig. Um aber auch durch diese Beitragserhöhung den Mitgliedern einen direkten Vortheil zu verschaffen, machten wir unsere Vorschläge und ermaterten nun, daß die Zahlstellenvorstände ihre Erfahrungen und Ansichten uns mittheilen und wenn unsere Vorschläge nicht passend, andere zu machen. Es kamen verschiedene Nachrichten, daß die von uns vorgelegene Neuregelung nicht passend sei und etwas anderes gefunden werden müsse. Wir standen nun wieder vor der sehr schwierigen Frage: Was nun? In unseren Sitzungen, wo auch die Berliner Vorstände zugegen waren, und kritisierte Kollegin Heydemann ebenso wie in ihrem Artikel, nur mit anderen Vorschlägen konnte sie auch dort nicht aufwarten, denn der „Vorschlag“, den Zahlstellen einen kleinen Fonds zu sichern, auf welchen sie ihre Hoffnungen setzen, scheint auch für Kollegin H. einen noch unklaren Begriff zu haben, sonst hätte sie wohl, das nehme ich wenigstens an, uns verrathen, worauf sie ihre Hoffnungen gesetzt hat und hätte Zahlen angegeben und Berechnungen ange stellt, aber wir vermiffen beides.

Es ist ein Irrthum der Kollegin H., wenn sie angiebt, ich hätte die Berechnung der Krankenwochen halbjährlich und die der Arbeitslosenwochen jährlich aufgestellt; ich empfehle ihr noch einmal die Berechnung durchzusehen und sie wird dann ihren Irrthum einsehen müssen.

Es erübrigt sich noch weiter auf Einzelheiten einzugehen, da ja durch die Bereitwilligkeit des Kollegen Wittig, das Amt als Vorsitzender zu übernehmen, die Verhältnisse eine ganz andere Wendung genommen haben. Es mußte uns um so mehr untern, daß nach Bekanntgabe der eingetragenen Veränderung doch noch ein Artikel der Kollegin Gertrud Striebel erschien, mit der Ueberschrift: „Zur eventuellen Einführung der Krankenunterstützung.“

Am 22. August hatten wir gemeinsame Sitzung und wir machten den anwesenden Vorständen die Mittheilung, daß, da Kollege Wittig das Amt als Vorsitzender unter denselben Bedingungen übernehmen kann, wie sie auf dem Verbandstag festgesetzt wurden, eine Beitragserhöhung und Aenderung im Unterstützungsweisen nicht vorgenommen werden brauchte, und machten wir den Vorschlag, zur Aufbesserung der örtlichen Verhältnisse am 10 p.Ct. 15 p.Ct. der Einnahme am Orte zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von beiden Berliner Zahlstellen-Vorständen am 22. August angenommen. Am 29. August hatten alle unsere Zahlstellen dieselben Vorschläge in Händen und am 2. September war in Nr. 18 der „Solidarität“ der Artikel der Kollegin Striebel über Krankenunterstützung enthalten.

Also nachdem schon von den Vorständen unsere Vorschläge angenommen waren, auch Kollegin Si. war in dieser Sitzung und stimmte dafür, kam doch noch der Artikel, ob der Artikel nun schon vor dem 22. August fertig war, weiß ich ja freilich nicht, aber man muß immer wieder zu dem Schluß kommen, daß einzelne Vorstandsmitglieder von Zahlstelle I Berlin dem Verbandsvorstand seine ohnedies schon mühsame Arbeit nach Möglichkeit noch erwähnen wollen, denn sonst wäre es ausgeschlossen, daß Artikel in die Zeitung kommen, deren Ursachen schon eine Woche vor Erscheinen der Zeitung beseitigt waren.

Wir wissen ja, daß wir mit Widerstrebendern zu rechnen haben, aber es ist uns bisher immer möglich gewesen, das Unhaltbare ihrer Handlungen nachzuweisen, es wäre endlich an der Zeit, daß man auf jener Seite Zeit und Arbeit in den Dienst der geringsten Sache stellt und nicht nur auf die geringste Gelegenheit wartet, um in der Zeitung immer und immer wieder den Idealismus der Einzelnen vorzuführen; denn wenn wir hier alle Zahlstellen, die zu uns gehören, durchgeben, dann finde ich ohne große Mühe den Idealismus in den Zahlstellen, die ohne Arbeitslosen-Unterstützung zu gebrauchen und ohne eine andere zu erhalten, außer bei Streiks uns niemals finanziell belasten, sondern nur zahlen, daß dort von Idealismus gesprochen werden kann! Denn die Mitglieder der Zahlstelle I und die anderer großen Städte wissen genau, daß sie bei schlechter Geschäftsconjunktur arbeitslos werden können und nehmen dann auch, was ja ihr gutes Recht ist, die ihnen zustehende Unterstützung. Und hier liegt der Irrthum, denn die Kolleginnen H. und Si. rechnen beide die gute Geschäftsconjunktur den Mitgliedern als Idealismus an; denn mir ist noch kein Fall bekannt, daß Einer oder der Andere zu Gunsten der Verbandsklasse auf die ihm zustehende Unterstützung verzichtet hat und doch nur dann könnte man von Idealismus reden. Es wird ja nun durch die Neugebung der Verhältnisse einzelner Zahlstellen möglich sein, die ihnen durch das Strengejahr entstandene Schädigung nach und nach wieder auszugleichen, und brauchen wir wohl nicht zu versichern, daß wir Mittel zur Agitation immer zur Verfügung stellen. Paula Tiebe.

Anmerkung: Wir müssen bemerken, daß der Artikel der Kollegin Si. schon zu Nr. 17 der „Solidarität“ eingelaufen war, aber wie auch aus der Briefkastennotiz in Nr. 17 ersichtlich, zurückgestellt wurde. In der Sitzung vom 22. August erklärte die Kollegin dem Redakteur persönlich, daß sie mit der Zurückstellung nicht einverstanden sei und wurde der Artikel, da er auch für andere Zahlstellen zweckmäßig ist, die ev. in den Fehler verfallen wollen, eine Kranken-Unterstützung einzuführen, abgedruckt.

## Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Nachdem nach langem Darren und Warten die Buchbindereibesitzer sich herbeistellen, mit den Vertretern aus Berlin, Leipzig und Stuttgart zu beraten, wurden die Verhandlungen, wie die Buchbinder-Zeitung berichtet, nach fünfständiger Dauer abgebrochen, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die Buchbindereibesitzer übermitteln nun ihrem Personal Zirkulare, welche dieses unterschreiben sollte, wenn sie sich mit dem Prinzipaltarif, der bedeutend verschlechtert sein soll, einverstanden erklärt. Die Unterschrift wurde berechtigter Weise verweigert und fand nun in Leipzig, wie in Berlin, am 8. September eine größere Ausperrung von Buchbindereiarbeitern und Arbeiterinnen statt. In Stuttgart soll vorläufig Friede geschlossen sein, doch dürfte man hier auch schon bei Fertigstellung dieser Nummer den Intentionen des Verbandes der Buchbindereibesitzer gefolgt sein. Von den namhaften Firmen kommen in Betracht:

Berlin: Sperling, Baumbach, Klefstein, Fritzsche, Probst, Kämmerer, Thomas, Lüderitz & Bauer, Rielmann, Schubert, Reib, Buttig, Schneemelcher, Schöb, Frodruchowicz, Weisbach, Trautmann, Nauk.

Leipzig: F. A. Brockhaus, Fritzsche, Vöttger & Bongars, Enders und Sperling.

Hoffen auch wir, daß die bescheidenen Forderungen der Buchbinder erfolgreich durchgebracht werden, sollte es zum Auserfahren kommen, die Berliner Arbeiterschaft dürfte voll und ganz hinter ihnen stehen.

## Versammlungen.

### Buchdrucker.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.**  
Bericht der Vereinsversammlung vom 12. September. Unter Vereinsmittheilungen eruchte der Vorsitzende, Kollege Wassini, die Druckerstaffel, energischer darauf zu dringen, daß ev. vorhandene Vertragsrechte beglichen werden, da auch in diesem Quartal 500 Wahnzettel

verfenstet werden müßten. Weiter habe sich durch eine Ausdrache mit dem Personal der Seperhdreie „Typograph“ feststellen lassen, daß einige Verlage bezw. Druckereien dieselbe Werke bestellen lassen und zwar, wie es den Anschein habe, zu unartigmäßigen Bedingungen; es würde dadurch dem Tarifsamt Gelegenheit zum eingreifen gegeben sein. Ferner genehmigte die Versammlung den Vorschlag, das Bureaupersonal einschließlich der Kassisten, bei einer Versicherungsanstalt gegen Unfall und entscheidender Invalidität oder bei Todesfall zu versichern. Es folgte nunmehr eine ausgedehnte Diskussion über den schon an anderer Stelle in vorliegender Nummer ausführlich behandelten Streitfall in der Hermann'schen Offizin zwischen den Maschinenmeistern und dem Hilfspersonal. Sämtliche sich äußern den Seperkollegen verurtheilten den seitens der Maschinenmeister gezeigten Terrorismus auf das schärfste. Eine Aussprache über die sich notwendig machen Erweiterung unseres Bureaus in räumlicher Beziehung und was die Zahl der Beamten anbetrifft, ergab die Zustimmung der Versammlung dazu in Anbetracht der so bedeutenden Steigerung der Mitgliederzahl. Nach einem Bericht über den Stand des Buchbindereistrits wurde denselben die weitgehendste finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt und sand darauf die Versammlung ihren Schluß.

## Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

**Breslau, den 29. August.** Heute fand hier eine öffentliche Versammlung der in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter mit folgender Tages-Ordnung statt: 1. Die Reform des Krankenkassen-Gesetzes. 2. Die Lage der Buchdruckerei Hilfsarbeiter. 3. Diskussion. — Nachdem sich das Bureau konstituiert hatte, ertheilt der Vorsitzende, Kollege Müller, dem Referenten, Herrn Redakteur Löbe, zum ersten Punkt der Tages-Ordnung das Wort. Derselbe führte etwa folgendes aus: Nachdem die Regierung die deutschen Arbeiter mit Wohlfühlen, wie das Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz, sowie das Krankenkassen-Gesetz, beinahe überhäuft hat und die beiden ersten in den Krankenkassen vorherrschend sind, besonders den Arzneiwucher und den Werkzeugwaner. Die Versammlung folgte mit Interesse den Ausführungen des Referenten und gab zum Schluß ihren Dank durch lebhaften Beifall kund. — Auch zum zweiten Punkt der Tages-Ordnung hatte ebenfalls Genosse Löbe bereitwillig das Referat übernommen und da er selbst Sachmann ist, war es ihm ein Leichtes, die Lage der Hilfsarbeiter aus eigener Erfahrung in sachlicher und deutlicher Weise zu schildern. Er betonte unter Anderem, daß heute ein Unterschied zwischen Hilfsarbeitern und Buchdruckern nicht mehr gemacht werden kann, da beide Berufe dasselbe Recht auf bessere Vergütung und Behandlung haben. Die Diskussion war, namentlich über den zweiten Punkt der Tages-Ordnung, eine sehr lebhaft. Von allen Rednern wurde als Hauptgrund der überaus traurigen Verhältnisse die stete Unmöglichkeit der Kollegen angesehen. — Hier Kollegen haben sich zur Aufnahme gemeldet. — Da hinterher noch eine Mitglieder-Versammlung anberaumt war, mußte diese Versammlung rechtzeitig geschlossen werden. Dieselbe war von circa 50 Personen besucht, trotzdem über 400 Einladungen ausgegeben worden waren. Abd.

**Breslau. Bericht der Mitglieder-Versammlung vom 29. August 1900. Tages-Ordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Ausschluß des Kollegen Redfegel aus dem Verband. 4. Berichtedenes. — Nachdem das Protokoll verlesen, ging der Vorsitzende auf den nächsten Punkt der Tages-Ordnung, Vereinsangelegenheiten über. Kollege Budewig machte bekannt, daß die Schottländer'sche Offizin ihren Hilfsarbeitern keine Lohnzulage bewilligt hat, sondern nur eine Prämie, sobald die großen Arbeiten der Firma Genel ausgedruckt sind. Kollege Abend erklärte darauf, daß für die Mitglieder unseres Verbandes durchaus keine Prämie oder Unterstützung von Seiten des Prinzipals gezahlt resp. von den Verbands-Mitgliedern angenommen werden darf. Kollege Schmud meldete sich zum Wort und erklärte der Versammlung, daß sämtliche Kollegen genannter Offizin brieflich wegen einer Lohnzulage vorgegangen sind, selbige wurde nicht bewilligt; dagegen erklärte sich selbige bereit, sobald der Genel ausgedruckt ist, eine Prämie von Mark 10,00 für jeden Einleger resp. Punttirt, ohne Ausnahme zu zahlen. Selbiges wurde von den Kollegen der Firma E. Schottländer angenommen\*)**

\*) Wir müssen über die Annahme der „Prämie“ unser Bedauern ausdrücken, dieselbe kann eine Verbesserung nicht bedeuten und wird es endlich an der Zeit, daß sich die Breslauer Anleger und Punttirt die Schlafmüge

Punkt 3: Ausschluß des Kollegen Kiefriegel. Der Antrag des Vorstandes über den Ausschluß des genannten Kollegen wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Punkt 4: Verschiedenes: Kollege Kiefriegel gab bekannt, daß die arbeitslosen Mitglieder von D. Guttmann nicht gehörig unterstützt worden sind; es hätte doch durchaus eine Sammlung stattfinden sollen. Kollege Budewig erklärte, daß von den fünf Mitgliedern oben genannter Firma vier Kollegen erst seit ein paar Wochen dem Verbandsangehörten; mithin waren selbige noch nicht bezugsberechtigt. Kollege Budewig gab noch bekannt, daß der Herr Faktor der D. Guttmann'schen Buchdruckerei, auf dessen Veranlassung fünf Kollegen arbeitslos wurden, wegen Veruntreuung resp. Betrag bereits hinter Schloß und Riegel sitzt. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen. St.

**Stuttgart.** Versammlung am 3. September. Der Vorsitzende eröffnet dieselbe um  $\frac{1}{7}$  Uhr. Zu Ehren unseres verstorbenen Genossen Lieblich erludt derselbe die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, was geschieht. Die Tages-Ordnung umfaßt folgendes: 1. Einzahlung und Reuaufnahmen. 2. Beschlüßfassung über die Angelegenheit mit der Zentralstelle. 3. Mitteilungen über die Lohnbewegung bei Grüninger. 4. Verschiedenes. Nach vertieftem und genehmigtem Protokoll, sowie nach Aufnahme eines Mitgliedes, konnte zum zweiten Punkte übergegangen werden. Wie ja zu unserem Bedauern bekannt, scheidet die Zentralvorsitzende, Kollegin Paula Thiede, am 1. Oktober d. J. aus. Es ist deshalb notwendig, Ersatz für diese Kollegin, welche bis dato die schwierigste Arbeit sehr gut bemessen hat, zu finden, was ja auch nach dem Schreiben des Zentralvorstandes bereits der Fall ist. Ebenso begrüßen wir den neuen Verbandskassierer und wünschen wir die Arbeit der beiden Kollegen geisteslich und erfpriehlich für unsere Sache, zumal ja diejenigen aus der Arbeit für die Arbeit bestimmt sind. Von finanziellem Nutzen kann es nur sein, daß der nächste Verbandstag (wenn nicht irgend schon vorher möglich) zu Pfingsten 1902 stattfindet. Ebenso müßlich wie notwendig ist die Befassung von 15 pCt. statt 10 pCt. wie bisher am Ort. Unter dem dritten Punkt können wir konstatieren, daß, wie schon so oft, Einigkeit stark macht, insofern, daß die Druckerei Grüninger ihren Arbeiterinnen den von denselben verlangten Lohnsatz mit Aufschlag der Ueberzeit nach Vorstellenwerden der Kommission und des Vorsitzenden bewilligt. Eine kleine Vertragsklausel, welche aber für uns nicht in Betracht kommt, müßte mit in Kauf genommen werden. Unter Verschiedenem bechlußt die Versammlung, statt der Herbstfeier eine Familienunterhaltung am 14. Oktober im Lokal „Württembergischer Hof“ abzuhalten. Der Gewerkschafts-Delegierte, Kollege Schray, berichtet, daß die Anstellung eines dritten Sekretärs auf Kosten der Gewerkschaftskassen beschlossen worden sei und die Bewerberliste gegenwärtig ausgehrieben ist. Ferner ist die Gründung einer Volksschule hier ins Leben gerufen worden, etwaige Interessenten wollen sich vor Beginn der Kurie melden, um bei Zeiten berüchtigert werden zu können. Die Zahl der bis jetzt Beteiligten beträgt ca. 500 Personen. — Nach erschöpfter Tages-Ordnung scheidet der Vorsitzende mit dem Wunsch, jetzt und tren zusammenzubehalten, um etwas Gespriehliches zu beherksichtigen, die Versammlung um  $\frac{3}{8}$  Uhr.

W. L.

**Hamburg.** Versammlung vom 8. September. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftsstatell. 2. Zurückgehaltene Anträge. 3. Mitteilungen des Vorstandes. 4. Innere Veretinsangelegenheiten. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen, fragt Kollege Ehlers an, wie die Bemerkung der Redaktion betreffs Versammlungsnotwendigkeit zu verstehen sei, worauf Glarner erwidert, daß es den Anschein habe, als wenn die Annonce nur 10 Pf. Porto koste und konnte hierüber keine nähere Auskunft erteilt werden. Sodann folgt der Bericht vom Gewerkschaftsstatell, dessen letzte Sitzung sich mit einem Antrag der Maurer, betreffs Auflösung des Kartells, beschäftigte, welcher jedoch nicht richtig abgefaßt war, da er nur eine Reorganisation des Kartells-Regulativs anregen sollte, zu welchem Zweck eine Kommission von neun Personen gewählt wurde. Glarner erucht, da er wichtige Mitteilungen zu machen habe, den 3. Punkt der Tages-Ordnung zunächst vorzunehmen und führt dieselbe an, daß fast sämtliche Bahnhöfen gegen eine Verbandsbeitragssteigerung und Krankenunterstützung sind und die Sache nun auf die Weise geregelt ist, daß Kollege Büttig als Verbandsvorsitzender und Kollege Lohdahl als Kassierer gewonnen sind, neben denen Kollegin Thiede als zweite Vorsitzende fungieren wird. Hierdurch ist die Abhaltung eines Verbandstages hinfallig und viele Kosten werden erspart. Auch sei uns durch Bewilligung von 15 pCt. der Einnahme, anstatt 10 pCt., ein nicht zu unterschätzender Vortheil erwandig. Die Versammlung war mit dieser Regelung einverwandig. Abdann kam Glarner auf unsere bevorstehende Lohnbewegung und der zu diesem Zwecke angenommenen Statistik zu sprechen, welche

von den Ehren ziehen und sich klar machen, zu welchem Zweck sie organisiert sind. Wir sind bisher der Ansicht gewesen, daß man sich organisiert, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

traurige Zustände in Lohn, Arbeitszeit, sanitären Verhältnissen u. ans Licht gebracht. Ferner macht Glarner die Mitteilung, daß die vom Hamburger Ortsvorstand vorgebrachten Unterstüzungsläge für Verbeiratete 15, ledige 12, weibliche 10 Mk. vom Verbandsvorstand nicht genehmigt, sondern auf 12, 10 resp. 8 Mk. reduziert seien und der Verbandsvorstand der Meinung ist, daß die Ortsverwaltung Hamburg zu diesen Sätzen einen Ortszuschuß gewähren könnte, was sich jedoch mit dem letzten Beschluß, daß wir augenblicklich von jeder Beitragssteigerung Abstand nehmen müßten, durchaus nicht deckt. Sodann theilt Glarner das Resultat einer Aussprache zwischen dem Vorstand und dem Direktor der Verlagsanstalt Richter mit. Letzterer war durch das Betragen einiger Kollegen zu dem Entschluß gekommen, seine Verbandsmitglieder einzustellen, indem es wurden dort ungelernete Arbeiter angenommen und mit einem Lohn von 15 Mk. pro Woche entschädigt. Durch die Lohnsprache zweier Vorstandmitglieder mit dem Direktor, gab derselbe denn auch seinen Entschluß auf, und wurde ein arbeitsloser Kollege sofort eingestellt. Glarner rügt das Betragen der dort beschäftigten Kollegen, und ermahnt die Anwesenden, stets ihre Pflicht zu erfüllen, damit ein Prinzipal nicht abermals solche berechtigten Klagen erheben könne. An der nun folgenden Debatte beteiligten sich nur wenige Kollegen und rügt Jäger die Interessenslosigkeit der Mitglieder, was ja auch an dem schwachen Besuch der Versammlung zu sehen sei. Lohse macht noch einen kurzen Auszug aus der Statistik, welche sich bis jetzt auf 48 Druckereien mit insgesamt 212 männlichen und 224 weiblichen Berufsangehörigen erstreckt. Ehlers wünscht die Statistik in der Solidarität veröffentlicht, worauf Lohse entgegnet, daß in allernächster Zeit abermals Versammlung sei, in welcher er ausführlichen Bericht erstatten werde, und derselbe sodann veröffentlicht wird. Auf einen Antrag Ehlers, die Versammlungen während der Wintermonate des Sonntags abzuhalten, erklärt Glarner, daß die regelmäßigen Versammlungen schon bis November festgelegt seien und er sich von den Sonntags Versammlungen aus keinen besseren Besuch verspreche, übrigens würden in nächster Zeit mehrere Versammlungen außer den regelmäßigen nöthig sein, und möchte Ehlers diese Sache dem Vorstand überlassen. Derselbe zieht seinen Antrag zurück. Zum 2. Punkt der Tages-Ordnung lagen mehrere zurückgehaltene Anträge vor. Der Antrag Glarner's, bei Wahrgelungen für Verbeiratete 15 Mk., ledige 12 Mk. Unterstüzung zu gewähren, wurde acceptirt. Auf Antrag des Kollegen Lohmann wurde dem 1. Vorsitzenden eine Remuneration von 52 Mk. jährlich bewilligt. Folgendem Antrag des Kollegen Jäger gab die Versammlung ihre Zustimmung: Beantrage im Arbeitslosen - Unterstüzung - Reglement (Druckerei) hinter Absatz 4 folgenden Zusatz einzuschalten: Unterstüzungsberechtigten Mitgliedern werden im Falle der Arbeitslosigkeit event. retirirte Beiträge nur bis zu 4 Wochen in Anrechnung gebracht. Auf einen Antrag des Kollegen Ehlers wurde dem Schriftführer wegen der sich häufenden Arbeiten eine Entschädigung von jährlich 15 Mk. überwiesen. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden nochmals erucht, zur nächsten Versammlung eine recht rege Agitation zu entfallen, erfolgte Schluß der Versammlung um  $11\frac{1}{4}$  Uhr. W. G.

## Kundschau.

**Zur Warnung** sei folgender Ausfall mitgeteilt der sich in der Buchdruckerei von Oskar Hübner in Berlin am 1. September ereignete. Eine dafelbst beschäftigte Punktseerin kam mit einer goldenen Uhrkette, die sie auch während der Arbeit trug, mit der elektrischen Ein- und Ausschaltvorrichtung der Maschine in Berührung und stand im Nu in hellen Flammen. Nur dem schnellen Eingreifen einiger Kolleginnen, die der fast Bewußtlosen rasch die brennenden Kleider vom Leibe rissen, ist es zu danken, daß das Mädchen nur mit geringfügigen Brandwunden an einem Arm und dem Gesicht, der sie einige Stunden lähmte, davonkam. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß derartige Schmuckgegenstände im Interesse der eigenen Gesundheit bei der Arbeit nicht getragen werden sollten, es wird dadurch die Unfallgefahr bedeutend erhöht. Ebenso sollten auch Ringe fortgelassen werden, denn questiht sich der betr. Arbeiter oder Arbeiterin mit die Hand, so muß immer erst der Ring heruntergerieft werden, ehe an eine ordnungsmäßige Behandlung herangegangen werden kann.

Darum sollten Prinzipal sowohl als Maschinenmeister es nicht dulden, wenn eine Arbeiterin oder ein Arbeiter nicht selbst so einsichtig ist und sich derartige auf den Körper hängt.

**Krankheit und Sterblichkeitsverhältnis** in den zum Verbands der deutschen Buchdrucker gehörigen Schriftgiebereien. Wie bekannt, ist das Schriftgiebergewerbe im Verhältnis zu den Buchdruckern mit weit mehr Krankheiten behaftet, als die der fernstehende vielleicht annimmt. Im Gegentheil, die Schriftgießer, selbst bei den jetzigen modernen Complettmaschinen fielen ein ganz bedeutendes Kontingent zu den vielen Krankheits- und Sterblichkeitsfällen, die besonders in Hals-, Brust-

und Lungenartarrh, Gicht, Rheumatismus, Wunden und Geschwüren befehen.

Im Sommer die Hitze der Jahreszeit und dazu die des Schmelzofens, die den Menschen matt und schwach macht und ihn nur mühsam zwingt, seine Arbeit zu vollenden. Im Winter Hitze am Schmelzofen und draußen eifige Kälte. Also im Sommer trodene Hitze zur Schwindlucht führend und im Winter aus der trodenen Hitze hinaus in Kälte und Schnee, um sich wemöglich Rheumatismus oder sonst wer weiß was zu holen. Die beste Aufklärung hierüber giebt die folgende vom Verbands der deutschen Buchdrucker zur Veröffentlichung gegebene zahlenmäßige Aufstellung. Es kamen im Jahre 1899 im ganzen 676 Krankheitsfälle vor, von diesen entfielen auf:

Hals-, Brust- und Lungenartarrh	132
Gicht und Rheumatismus	130
Wunden und Geschwüre	128
Magen-, Darm-, und Blasenartarrh	62
Influenza	62
Blutergießung	54
Fieber und Nerventränkheiten	25
Herztränkheiten	19
Nierentränkheiten	19
Augentränkheiten	17
Schlagfluh	10
Allgemeine Körperschwäche	4
Rückenmarkstränkheiten	3
Chrentränkheiten	2
Gehörtränkheiten	2
Epilepsie	1
Tippus	1
Hauttränkheiten	1
Injektiontränkheiten	1
Ohne Angabe	3
Summa	676

Die Zahl der Krankheitsstage betrug 17004, auf den einzelnen Krankheitsfall kamen demnach 25,15 Tage. Auf's Jahr berechnet, ergibt sich, daß 47 Schriftgießer oder rund 6 Prozent das ganze Jahr hindurch krank waren; ferner kommen nach der Mitgliederzahl, 800, 21,26 Tage Krankheit auf jedes Mitglied.

Gestorben sind im Jahre 1899: 19 Gießer, und zwar an Lungenkränkheiten 8, an Nierentränkheiten 3, an Schlagfluh 3, an Gicht 3, an Epilepsie 1 und an Bauchfellentzündung 1.

Daß die Schriftgieberei ein ungesundes Gewerbe ist, bedarf nach der obigen Darstellung keiner weiteren Erörterung.

## Redaktions-Briefkasten.

**Frau Ehrle.** Eruche um isorigte Angabe der Karlsruhe Adresse, da sie dieselbe auf der Karte vergessen haben. Gruß.

**V. F.** Der Artikel müßte Naummangels wegen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

**Verband der Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen zc.** Ortsverwaltung Berlin. — Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter.)

Sonntag, den 16. September 1900, Mittag 8 präc. 1 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, großer Saal:

## Unser ordentliche Generalversammlung

Mitgliedsbuch legitimirt!

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3. Die Abschaffung der Extraintersüzung. Referent Kollege Bleich. 4. Verschiedenes.

Die Billets vom Wohlthätigkeits-Concert müssen in dieser Versammlung abgerechnet werden.

Der Vorstand.

## Berein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

(R. d. B. D. B.)

Dienstag, den 18. September 1900, präc. 9 Uhr Abends in Cohn's Festsälen, Beuth-Strasse 21

## Verbandsversammlung

Tagesordnung: 1. Aufnahmen. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Technisches. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.

## Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Mittwoch, den 26. September 1900, Abends 9 Uhr:

## Bereins-Versammlung.

im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung (siehe Mitteilungen). Die verehrlichen Mitglieder werden erucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

## Zum 1. Oktober

gemüthliche Schlafstelle beim Kollegen Grassold Holzmarktstraße 45 a.